

Mittwoch (Nachmittag), 5. Juni 2019 / Mercredi après-midi, 5 juin 2019

---

**Volkswirtschaftsdirektion / Direction de l'économie publique**

**23      2018.RRGR.577      Motion 211-2018 Stocker (Biel/Bienne, glp)**  
**Umsetzung des Nationalen Aktionsplans zur Risikominimierung und nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln**  
**Richtlinienmotion**

**23      2018.RRGR.577      Motion 211-2018 Stocker (Biel/Bienne, pvl)**  
**Mise en œuvre du plan d'action suisse visant à la réduction des risques et à l'utilisation durable des produits phytosanitaires**  
**Motion ayant valeur de directive**

**Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident.** Als Nächstes kommen wir zu Traktandum 23, der Motion von Grossrat Stocker: «Umsetzung des Nationalen Aktionsplans zur Risikominimierung und nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln». Auch hier befinden wir uns in einer reduzierten Debatte. Grossrat Stocker, Sie haben das Wort.

**Julien Stocker, Biel/Bienne (glp).** Das Thema ist wieder topaktuell. Wir haben nämlich im April in der Zeitung lesen können, dass zwei Studien des Wasserforschungsinstituts des ETH-Bereichs (Eawag) und des Oekotoxenzentrums gezeigt haben, dass die Gewässer in landwirtschaftlich genutztem Gebiet stark mit Pflanzenschutzmitteln belastet sind. Der aktuell gültige Grenzwert für organische Pestizide in der Kantonalen Gewässerschutzverordnung (KGV) wurde bei 66 Wirkstoffen überschritten. Leider war bei den untersuchten Bächen auch einer aus dem Kanton Bern dabei, nämlich der Chrümlisbach in der Nähe von Bätterkinden. Bei anderen Bächen des Kantons käme man aber wahrscheinlich zu ähnlichen Resultaten. Im Wissen um diese Pflanzenschutzproblematik, haben wir diese Motion eingereicht und den Regierungsrat aufgefordert, neben dem laufenden Pflanzenschutzprojekt, das auf freiwilliger Basis beruht, verbindliche Massnahmen im Rahmen des Nationalen Aktionsplans zu definieren. Das macht auch Sinn, denn laut Gewässerschutzverordnung (GSchV) des Bundes sind die Kantone für den Vollzug und die Einhaltung der Wasserqualität zuständig.

Leider hat der Regierungsrat den Vorstoss etwas falsch verstanden. Wir wollen keine redundante Strategie oder ein zweites Pflanzenschutzprojekt, sondern wir fordern, dass der Regierungsrat jetzt endlich verbindliche Massnahmen verabschiedet, die zu einem möglichst raschen Erreichen der Reduktionsziele beitragen. Denn alles andere ist eigentlich eine systematische Vernachlässigung des Vollzugs dieser Gewässerschutzverordnung. Ich weiss, wir haben in diesem eher bürgerlich dominierten Rat einen eher schwierigen Stand mit diesen ökologischen Anliegen. Trotzdem möchte ich Sie bitten, diese Motion zu unterstützen. Ich möchte auch ganz besonders die Landwirte hier im Saal ansprechen. Denn für Ihren Berufsstand ist das bestimmt auch keine befriedigende Situation, immer mit solchen Themen im medialen Fokus zu stehen. Lassen Sie uns gemeinsam Lösungen suchen!

**Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident.** Sie haben es Ihren Unterlagen entnehmen können: Die Regierung ist nicht bereit, diesen Vorstoss entgegenzunehmen. Für die SVP-Fraktion: Grossrat Bösiger.

**Beat Bösiger, Niederbipp (SVP).** Die Schweizer Landwirtschaft, und somit auch die Berner Landwirtschaft, hat sich in den letzten zwanzig Jahren enorm entwickelt. Seit der Einführung des ökologischen Leistungsnachweises (ÖLN) als Basis des Direktzahlungssystems gibt es eine Ökologisierungswelle. Der Respekt vor der Natur, der Umwelt und den Ressourcen hat eine neue Bedeutung bekommen. Die Zahl der Biobetriebe nimmt jährlich zu, extensive Produktionsprogramme werden gefördert. Die Bauern sind sich der Problematik des Eintrags von Pflanzenschutzmitteln in Oberflächengewässer bewusst. Entsprechende Massnahmen wurden eingeleitet. Der Bewirtschaftungs-

abstand zu Gewässern wurde vergrössert. Vorbeugende Massnahmen, wie Fruchtfolge, resistente Sorten, Bodenbearbeitung, Förderung von Nutzinsekten, haben Priorität. Ein chemischer Einsatz kommt erst als Notmassnahme zur Verhinderung von Ertragsausfällen, und somit zur Vermeidung von Food Waste, infrage. Die Kunden und Konsumenten verlangen einwandfreie Lebensmittel. Läuse-, Raupen-, Pilz-Schäden werden nicht toleriert, weder bei konventionellen noch bei Bioprodukten. 3200 Betriebe machen bereits mit beim Berner Pflanzenschutzprojekt. Auf 20 000 Hektaren wird bereits auf Glyphosat verzichtet. In der konventionellen Landwirtschaft wurden die Pflanzenschutzmittel um 27 Prozent reduziert, die Herbizide um 30 Prozent. Bei den biologischen Pflanzenschutzmitteln gibt es eine Zunahme von 40 Prozent. *(Der Vizepräsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le vice-président demande à l'orateur de conclure.)* Ab 2022 sind geschlossene Spritzenwaschplätze realisiert. Die Fraktion der SVP lehnt diese Motion einstimmig ab.

**Kilian Baumann, Suberg (Grüne).** Ich verstehe nicht ganz, weshalb der Regierungsrat diese Motion nicht unterstützen kann. Es ist eine Richtlinienmotion, und sie verlangt einzig die Umsetzung von Aufträgen und Anregungen des Bundes. Die Motion verlangt keinen parallelen Aktionsplan. Die Motion verlangt lediglich, dass der Nationale Aktionsplan umgesetzt wird, und dass der Kanton eben das Nötige dazu beiträgt, damit das getan werden kann. Nächstes Jahr dürfen wir in der Schweiz gleich über zwei Antipestizid-Initiativen abstimmen. Die Tausenden von Leuten, welche die beiden Initiativen unterschrieben haben, sind der Meinung, der Nationale Aktionsplan sei zu wenig griffig, wirke viel zu wenig, sei schwammig formuliert oder bewirke sogar das Gegenteil. Warum es Leute gibt, die dieser Meinung sind, wird sofort klar, wenn man die Antwort der Regierung zu dieser Motion liest. Der Nationale Aktionsplan macht den Kantonen Vorschläge, zum Beispiel die Weiterbildungspflicht einzuführen, die Beratung zu verbessern, bei der Berufsbildung anzusetzen. Die Antwort des Kantons Bern auf diese Vorschläge: «[Das ist] aus Ressourcengründen [leider] nur in engen Grenzen möglich.» Der Bund schlägt also lediglich etwas vor. Die Kantone sagen nachher: «Ja, das tönt wunderbar, aber wir haben leider kein Geld, um solche Massnahmen umzusetzen.» Artensterben und Biodiversitätsverlust gehen weiter. Die grüne Fraktion möchte, dass der Nationale Aktionsplan umgesetzt wird und dass auch auf Kantonsebene die nötigen Mittel bereitgestellt werden. Deshalb werden wir diese Motion unterstützen.

**Tom Gerber, Reconvilier (PEV).** L'agriculture n'utilise pas des pesticides pour se rendre belle, ou simplement par coutume. L'agriculture n'utilise pas non plus des pesticides, parce que nous serions des disciples de l'agrochimie. Non, malheureusement, l'agriculture a encore besoin de pesticides pour produire votre nourriture, et si dans les dernières années la lutte biologique a fait de grandes avancées, il y a un certain nombre de maladies et de parasites et de situations qui sont encore insurmontables sans pesticides. L'agriculture est consciente et volontaire de réduire l'utilisation de ces produits, et le rôle de l'Etat n'est pas de créer des problèmes supplémentaires à l'agriculture, mais de l'encourager et de l'accompagner à se développer dans le bon sens. C'est ce que fait le projet bernois de protection des plantes en bonne concertation avec tous les partenaires. Dans ce sens, notre groupe, qui est favorable à une réduction de l'utilisation des pesticides, se prononce contre la mise en place de nouvelles mesures contraignantes et c'est là le problème. Il rejette cette motion dans son ensemble, même s'il est vrai que nous aurions aussi pu accepter notamment les points 4 et 5, et les classer directement.

**Beatrice Eichenberger, Biglen (BDP).** Die BDP befürwortet im Grundsatz eher Anreize als Vorschriften. Das Berner Pflanzenschutzprojekt ist exakt in diesem Sinn. Es wurde hier vor drei Jahren verabschiedet, es läuft bereits das dritte Projektjahr. Letztes Jahr haben bereits über 3000 Betriebe mitgemacht. Das wurde schon erwähnt. Somit macht eine Mehrheit der hauptberuflich geführten Ackerbaubetriebe beim Berner Pflanzenschutzprojekt mit. Das ist ein deutliches Zeichen dafür, dass die Landwirtschaft bereit ist und praktische Lösungen auch ausgeführt. In der jetzigen Situation, in der mit den Verhandlungen des Bundes zur Agrarpolitik ab 2022 (AP 22+), der Trinkwasserinitiative und der Pestizid-Initiative im nächsten Jahr übergeordnete Entscheidungen anstehen, versteht man die Forderung der Motion als Überregulierung. Wir erachten die Einführung eines parallelen kantonalen Aktionsplans als nicht zweckmässig. Die BDP-Fraktion lehnt die Motion einstimmig ab.

**Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident.** Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion hat Grossrätin Fuhrer das Wort.

**Regina Fuhrer-Wyss, Burgistein (SP).** Die vorliegende Motion verlangt die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans. Dieser Nationale Aktionsplan ist, meiner Meinung nach, in Bezug auf die Reduktion von Pflanzenschutzmitteln nicht sehr ehrgeizig. Man kann sogar sagen: Dieser Aktionsplan ist nutzlos und enthält vor allem viele unverbindliche Vorgaben. Gerade deshalb ist es wichtig, dass wenigstens diejenigen Ziele, die aufgeführt sind, auch konkret umgesetzt werden. Der Kanton Bern hat mit seinem Pflanzenschutzprojekt sicher einen ersten und wichtigen Schritt getan. Die Beteiligung an diesem Projekt ist aber freiwillig und nicht verbindlich.

Es besteht eine Belastung der Umwelt und der Gewässer durch Pestizide. Die negativen Auswirkungen auf die Biodiversität sind messbar. Das zeigt eine Studie der Eawag deutlich auf. Die Eawag ist eine Institution des Bundes. Die Resultate sind also wissenschaftlich, und nicht politisch gefärbt. Es ist jetzt höchste Zeit, dass wir die Herausforderungen im Bereich Pestizideinsatz anpacken und mit verbindlichen Massnahmen umsetzen. Massnahmen sind nämlich nur erfolgreich, wenn sie klar definiert sind, verbindlich sind und die Zielerreichung terminiert und kontrolliert wird. Der Regierungsrat sagt nun, dies liege im Zuständigkeitsbereich des Bundes. Es ist aber eindeutig so, dass es zwar schon ein Nationaler Aktionsplan ist, dass aber der Kanton diese Problematik, die Umsetzung anpacken muss. Gerade der Kanton Bern, als grosser, vielseitiger Agrarkanton, muss hier seine Aufgabe erfüllen und seine Verantwortung übernehmen. Denn der Akteur bei der Umsetzung ist der Kanton, und nicht der Bund. Der Akteur ist der Kanton. Packen wir die Herausforderung an, im Interesse der Bauern und Bäuerinnen, im Interesse einer nachhaltigen marktorientierten Landwirtschaft! Die SP-JUSO-PSA-Fraktion unterstützt diese Motion.

**Ernst Tanner, Ranflüh (EDU).** Die Motionäre fordern den Regierungsrat auf, den Aktionsplan des Bundesrats in unserem Kanton so umzusetzen, dass die sechs Punkte umfassend und rechtzeitig erreicht werden. Mit dem Berner Pflanzenschutzprojekt setzt der Kanton Bern einige Massnahmen für Pflanzenschutzmittel um. Der letzte Abschnitt aus der Antwort des Regierungsrates ist für uns überzeugend. Mit dem Berner Pflanzenschutzprojekt unternimmt der Kanton bereits viel, das im Sinne des Aktionsplans ist. Es macht keinen Sinn, und es wäre auch ineffizient, wenn der Kanton mit viel Aufwand eine integrale kantonseigene Umsetzung im Sinne der Motionäre anstreben würde. Die EDU-Fraktion lehnt diese Motion mehrheitlich ab.

**Adrian Haas, Bern (FDP).** Grossrat Bösiger hat eigentlich alles Wichtige gesagt. Die Bauern machen schon heute, was man tun muss, eben auch gestützt auf diesen Nationalen Aktionsplan. Wir lehnen diesen Vorstoss ab. Nicht, weil wir Pestizide gut finden, sondern vor allem auch deshalb, weil wir isolierte kantonale Massnahmen als nicht zielführend erachten. Vergessen wir doch auch nicht, dass wir uns auch bezüglich Landwirtschaftsprodukten auf einem schweizerischen Markt befinden und dass deshalb auch eine interkantonale Harmonisierung, auch von solchen Vorgaben, eigentlich sinnvoll ist.

**Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident.** Das Wort hat der Regierungspräsident, Herr Ammann.

**Christoph Ammann, Volkswirtschaftsdirektor.** Auch das ist eine Richtlinienmotion und liegt also im abschliessenden Kompetenzbereich der Regierung. Die Motionäre fordern die Regierung auf, den Nationalen Aktionsplan Pflanzenschutzmittel im Kanton Bern so umzusetzen – Sie sehen das bei den Punkten, die aufgeführt werden –, dass sechs Ziele umgesetzt werden: Reduktionsziele, verbindliche Massnahmen, Zeitpläne, Stakeholder-Gewinnung, verbesserter Boden, Information, Bildung, Einführung einer Erfolgskontrolle. Und dies umfassend, und dies alles rechtzeitig.

Der Kanton Bern hat am Nationalen Aktionsplan selbst aktiv mitgearbeitet. Die Regierung unterstützt den Inhalt und die Zielsetzungen dieses Aktionsplans und ist auch bestrebt, dass man diejenigen Aufgaben, für die der Kanton zuständig ist, auch ernst nimmt. Jetzt ist es aber so, dass die meisten Massnahmen im Zuständigkeitsbereich des Bundes liegen. Wir arbeiten an diesen Aufgaben auch im Rahmen der Ressourcen, die wir haben. Jetzt haben wir am 1. Januar 2017 das Pflanzenschutzprojekt gestartet. Ich habe bereits bei anderer Gelegenheit hier im Ratssaal gesagt, dass das, was der Kanton Bern macht, schweizweit ein Vorzeigeprojekt mit Ausstrahlung ist. Beim Aktionsplan Pflanzenschutzmittel arbeiten wir bei verschiedenen Massnahmen, man kann sagen, wirklich proaktiv mit den relevanten Akteuren zusammen, beispielsweise mit dem Berner Bauernverband, mit der Fenaco, mit diversen Branchen, wie Gemüse, Kartoffeln, Zuckerrüben. Wir arbeiten auch an der Aus- und Weiterbildung, an der Beratung in Hinblick auf einen umweltgerechten Pflanzenschutz,

auf einen, der die Risiken verkleinert. Das geschieht im Amt für Landwirtschaft und Natur (LANAT), bei der Fachstelle Pflanzenschutz des Inforamas. Ein Ausbau unserer Aktivitäten wäre grundsätzlich erwünscht. Aber wir haben einfach auch eine gewisse Ressourcenknappheit. Wir arbeiten in relativ engen Grenzen. Dass die Evaluation eines Nationalen Aktionsplans Pflanzenschutzmittel nicht auf kantonaler Ebene geschehen kann, ist klar. Dort ist der Bundesrat zuständig. Klar ist auch, dass der Kanton nicht zusätzlich, parallel, noch eine eigene Erfolgskontrolle vornimmt. Wir haben aber beim Berner Pflanzenschutzprojekt ein Wirkungsmonitoring; wir lassen uns dort wissenschaftlich begleiten. Wir werden, sobald dann Ergebnisse, Erkenntnisse vorliegen – das geschieht natürlich nicht von einem Jahr aufs andere –, diese auch kommunizieren und auswerten. Es macht aus Sicht der Regierung keinen Sinn, es wäre auch nicht so effizient, wenn jetzt der Kanton mit viel Aufwand eine integrale kantonseigene Umsetzung ... wie das – auf jeden Fall versteht die Regierung den Vorstoss so – die Motionäre gerne hätten. Vor diesem Hintergrund beantragt die Regierung, die vorliegende Motion abzulehnen.

**Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident.** Wir kommen zur Beschlussfassung über die Motion, Traktandum 23: «Umsetzung des Nationalen Aktionsplans zur Risikominimierung und nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln». Sie haben den Antrag der EVP-Fraktion, von Tom Gerber gehört. Falls die Motion angenommen wird, befinden wir nachher noch über die Abschreibung. Wer diese Motion annehmen will, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2018.RRGR.577)

Vote (Affaire 2018.RRGR.577)

---

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 59

Nein / Non 83

Enthalten / Abstentions 2

**Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident.** Sie haben diese Motion abgelehnt, mit 83 Nein-Stimmen zu 59 Ja, bei 2 Enthaltungen.

Wir sind am Ende der Geschäfte der VOL angelangt. Ich danke Regierungspräsident Christoph Ammann für die Präsenz und die Vertretung der Geschäfte hier im Saal. Ich danke auch seinen Mitarbeitenden. Ich wünsche Ihnen einen guten Tag. Die Ratsführung geht wieder an den Präsidenten über.

*Der Präsident, Hannes Zaugg-Graf, übernimmt wieder den Vorsitz. / Le président Hannes Zaugg-Graf reprend la direction des délibérations.*